

Kleine Anfrage

des Abg. Dieter Hillebrand CDU

und

Antwort

des Innenministeriums

**Polizeireform: Auswirkungen der Reform
im Landkreis Tübingen**

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. In welchen landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien sind die Dienststellen der Polizei im Landkreis Tübingen jeweils untergebracht?
2. Welche weitere Verwendung für diese Immobilien wurde der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?
3. Wann soll eine ggf. geplante Nutzungsaufgabe der Immobilien durch die Polizei jeweils erfolgen?
4. Wie viele Bedienstete der Polizei sind derzeit in den einzelnen Organisationseinheiten im Landkreis Tübingen jeweils beschäftigt (mit Angabe, inwieweit es sich hierbei um Angehörige der Schutzpolizei, der Kriminalpolizei oder von Bediensteten des Nichtvollzugsdienstes, in Voll- oder Teilzeit, handelt)?
5. Welche Bedienstete bzw. welche Gruppe der Bediensteten der Polizei im Landkreis Tübingen müssen bzw. muss damit rechnen, dass ihre Stelle im Rahmen des sogenannten „Interessenbekundungsverfahrens“ eventuell mit einer anderen Person besetzt werden könnte?
6. Für welche der unter Frage 4 zu nennenden Bediensteten bzw. für welche Gruppe der Bediensteten wird aufgrund der Umsetzung der Polizeireform ihr Arbeitsplatz künftig wegfallen (mit Angabe, wo diese Aufgabe künftig wahrgenommen wird)?
7. Welche Personalmaßnahmen für derzeitige Bedienstete der Polizei im Landkreis Tübingen wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?

8. Welche Investitionen bei Dienststellen der Polizei im Landkreis Tübingen wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?
9. Welche sonstigen Ausgaben, die örtlich im Landkreis Tübingen wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?
10. Welche reformbedingten Minderbedarfe/Einnahmen, die örtlich im Landkreis Tübingen wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt (mit Angabe, zu welchem Zeitpunkt diese Einnahme wirksam wird)?

23.01.2013

Hillebrand CDU

Begründung

Die vom Innenminister vorgelegte Kostenberechnung bei der Polizeireform ist nicht transparent und nachvollziehbar. Mit dieser Kleinen Anfrage soll der Finanzierungsbedarf der Reform im Landkreis Tübingen abgefragt werden.

Antwort

Mit Schreiben vom 18. Februar 2013 Nr. 3-112/47/56 beantwortet das Innenministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

1. In welchen landeseigenen und nicht landeseigenen Immobilien sind die Dienststellen der Polizei im Landkreis Tübingen jeweils untergebracht?
2. Welche weitere Verwendung für diese Immobilien wurde der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?

Zu 1. und 2.:

| Gemeinde | Anschrift | L/A* | heutige Dienststelle | weitere Verwendung |
|----------|----------------------------|------|--|---|
| Tübingen | Derendinger-str. 104 | A | Landespolizeidirektion | Abmietung nach Freimachung |
| Tübingen | Konrad-Adenauer-Str. 30 | L | Landespolizeidirektion, Polizeidirektion | Regionalpräsidium Reutlingen und teilweise Nachbelegung mit anderen Landesnutzungen |
| Tübingen | Konrad-Adenauer-Str. 32 | L | Polizeidirektion, Revier | Regionalpräsidium Reutlingen, Polizeirevier |
| Tübingen | Konrad-Adenauer-Str. 40–44 | A | Landespolizeidirektion, Polizeidirektion | Abmietung nach Freimachung |

| Gemeinde | Anschrift | L/A* | heutige Dienststelle | weitere Verwendung |
|------------------------|------------------------|------|---------------------------------------|--|
| Tübingen | Schellingstr. 9 | L | Landespolizeidirektion | Nachbelegung mit anderen Landesnutzungen |
| Tübingen | Steinlachwasen 12 | L | Raumschießanlage, Polizeihundestaffel | wie bisher |
| Tübingen | Pflegghofstr. 2 | L | Polizeiposten | wie bisher |
| Tübingen | Lorettoplatz 19 | A | Polizeiposten | wie bisher |
| Tübingen | Berliner Ring 20 | L | Polizeiposten | wie bisher |
| Rottenburg | Königstraße 9 | N | Polizeirevier | wie bisher |
| Mössingen | Karl-Jaggy-Straße 26 | L | Polizeirevier | wie bisher |
| Kirchentellinsfurt | Wilhelmstraße 50 | L | Polizeirevier | wie bisher |
| Bodelshausen | Am Burghof | A | Polizeiposten | wie bisher |
| Gomaringen | Mozartstraße 1 | A | Polizeiposten | wie bisher |
| Ammerbuch-Entringen | Herrenberger Straße 10 | A | Polizeiposten | wie bisher |
| Dettenhausen | Störrenstraße 8 | A | Polizeiposten | wie bisher |
| Rottenburg-Ergenzingen | Bismarckstraße 1 | A | Polizeiposten | wie bisher |

*L: Landeseigen

A: Anmietung

3. Wann soll eine ggf. geplante Nutzungsaufgabe der Immobilien durch die Polizei jeweils erfolgen?

Zu 3.:

Eine Nutzungsaufgabe kann erfolgen, sobald die notwendigen Arbeitsplätze am künftigen Standort zur Verfügung stehen. Nach den Erhebungen, die im Zuge der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zur Polizeistrukturereform in einem ersten Schritt durchgeführt wurden, werden dazu teilweise Anpassungsarbeiten an Bestandsgebäuden, Neubaumaßnahmen oder Anmietungen erforderlich. Die notwendigen Maßnahmen müssen jetzt im weiteren Verfahren konzeptionell, planerisch und kostenmäßig konkretisiert werden. Die Umsetzung wird dann nach Dringlichkeitsgesichtspunkten und im Rahmen der jeweiligen haushaltsrechtlichen Ermächtigung erfolgen.

4. Wie viele Bedienstete der Polizei sind derzeit in den einzelnen Organisationseinheiten im Landkreis Tübingen jeweils beschäftigt (mit Angabe, inwieweit es sich hierbei um Angehörige der Schutzpolizei, der Kriminalpolizei oder von Bediensteten des Nichtvollzugsdienstes, in Voll- oder Teilzeit, handelt)?

Zu 4.:

Die Personalstärke der Polizeidirektion Tübingen – Stand Januar 2013 – stellt sich wie folgt dar:

| | gesamt | davon Vollzeit | davon Teilzeit |
|-----------------------|--------|----------------|----------------|
| Personalstärke gesamt | 407 | 354 | 53 |
| Schutzpolizei | 291 | 267 | 24 |
| Kriminalpolizei | 69 | 62 | 7 |
| Nichtvollzug | 47 | 25 | 22 |

Die Personalstärke der Landespolizeidirektion Tübingen – Stand Januar 2013 – stellt sich wie folgt dar:

| | gesamt | davon Vollzeit | davon Teilzeit |
|-----------------------|--------|----------------|----------------|
| Personalstärke gesamt | 244 | 209 | 35 |
| Schutzpolizei | 58 | 56 | 2 |
| Kriminalpolizei | 90 | 84 | 6 |
| Nichtvollzug | 96 | 69 | 27 |

5. Welche Bedienstete bzw. welche Gruppe der Bediensteten der Polizei im Landkreis Tübingen müssen bzw. muss damit rechnen, dass ihre Stelle im Rahmen des sogenannten „Interessenbekundungsverfahrens“ eventuell mit einer anderen Person besetzt werden könnte?

Zu 5.:

Durch die Auflösung der bestehenden Organisationen wird es die bisherigen Stellen und Funktionen in der neuen Struktur so nicht mehr geben. Erforderliche Personalumsetzungen orientieren sich zwar an den dienstlichen Erfordernissen, wobei im Rahmen personalwirtschaftlicher Maßnahmen weitgehend der Grundsatz „Personal folgt Aufgabe“ zum Tragen kommen wird, erfolgen aber möglichst sozialverträglich.

Es ist beabsichtigt, den eigentlichen Personalmaßnahmen ein Interessenbekundungsverfahren (IBV) vorzuschalten. Dieses ist ein strukturiertes Verfahren, in dem neben Verwendungswünschen und Negativabgrenzungen auch soziale und wirtschaftliche Belange der Beschäftigten erhoben werden, um sie im Rahmen der zu treffenden Versetzungsentscheidungen angemessen berücksichtigen zu können. Das IBV dient dazu, die Grundlagen dafür zu schaffen, möglichst persönliche Härten zu vermeiden. Den persönlichen Anliegen der betroffenen Beschäftigten soll möglichst entgegengekommen werden. Dienstliche und fachliche Belange zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebs und zur Umsetzung der Reformziele müssen letztlich einzelfallbezogen mit den persönlichen Interessen der Beschäftigten abgewogen werden.

6. Für welche der unter Frage 4 zu nennenden Bediensteten bzw. für welche Gruppe der Bediensteten wird aufgrund der Umsetzung der Polizeireform ihr Arbeitsplatz künftig wegfallen (mit Angabe, wo diese Aufgabe künftig wahrgenommen wird)?

Zu 6.:

Ein großer Teil der Angehörigen der Polizei ist nicht von einem Arbeitsplatzwechsel betroffen. So verbleiben beispielsweise die Beschäftigten der Polizeireviere, der Polizeiposten, der künftigen Kriminalkommissariate sowie jene Beschäftigte aus dem Leitungs- und Querschnittsbereich, die bereits derzeit am neuen Standort der künftigen regionalen Polizeipräsidien Dienst verrichten, am bisherigen Dienstort. Hinzu kommen die Beschäftigten der Verkehrspolizei, deren Präsenz am bisherigen Dienstort auch weiterhin erforderlich ist.

Zum jetzigen Zeitpunkt kann in Anbetracht des noch bevorstehenden Interessenbekundungsverfahrens (IBV) keine valide Aussage zu den im Ergebnis tatsächlich von einem Dienstortwechsel betroffenen Beschäftigten und deren künftigen Arbeitsplatz getroffen werden.

Um einen ersten Anhaltspunkt zur möglichen Anzahl der betroffenen Beschäftigten zu erhalten, konnte die vorläufige Erhebung nur unter Berücksichtigung des Grundsatzes „Personal folgt Aufgabe“ durchgeführt werden. Die genaue Größe und Zusammensetzung der tatsächlich betroffenen Beschäftigungsgruppe lässt sich jedoch aufgrund der noch ausstehenden Erkenntnisse aus dem IBV und deren Berücksichtigung im Zuge der sozialverträglichen Umsetzung nicht bestimmen.

Das Personalkonzept des Polizeipräsidiums Reutlingen geht derzeit bei rund 80 Beschäftigten der ehemaligen Polizeidirektion Tübingen von einem Dienstortwechsel über den bisherigen Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion hinaus aus. Die Abweichung zur Anzahl der in der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung berücksichtigten Beschäftigten (Ziffer 7) resultiert aus der Fortentwicklung des Personalkonzepts.

Da die Abteilung 6, Landespolizeidirektion (LPD), des Regierungspräsidiums Tübingen aufgelöst und deren bisherige Aufgaben unter der Bildung von Synergien umverteilt werden bzw. entfallen, ist eine Ausweisung der Beschäftigtenanzahl nach dem Prinzip Personal folgt Aufgabe hier nicht möglich. Aufgrund der daraus resultierenden hohen Abhängigkeit von den Ergebnissen des IBV ist somit weder die künftige Dienststelle noch der künftige Dienstort der Beschäftigten der LPD prognostizierbar, weshalb eine Prognose hinsichtlich der tatsächlichen Anzahl der betroffenen Beschäftigten nicht möglich ist.

7. Welche Personalmaßnahmen für derzeitige Bedienstete der Polizei im Landkreis Tübingen wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?

Zu 7.:

Für Personalmaßnahmen sind Kosten für Telearbeitsplätze, Trennungsgeld und Umzugskosten in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung eingeflossen. Landesweit wurde von 200 zusätzlichen Telearbeitsplätzen ausgegangen. Dafür entstehen Kosten von 1.200 Euro pro Jahr und Telearbeitsplatz. Diese Kosten wurden im Zeitraum von 2014 bis 2017 in die Kalkulation eingerechnet.

Die Kalkulation für Trennungsgeld und Umzugskosten basiert auf einer Erhebung auf Grundlage der Planungen mit Stand November 2012. Diese ergab, dass im Landkreis Tübingen voraussichtlich rund 150 Beschäftigte ihren bisherigen Dienstbereich verlassen werden. Aufgrund der anzunehmenden Verteilung der Wohnsitze der Beschäftigten wurde für die Hälfte dieser Beschäftigten ein Pauschalbetrag von jeweils 5.000 Euro in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung eingerechnet. Die Höhe des Pauschalbetrags entspricht den Erfahrungswerten aus der Verwaltungsstrukturreform.

8. Welche Investitionen bei Dienststellen der Polizei im Landkreis Tübingen wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?

Zu 8.:

Für bauliche Investitionen im Landkreis Tübingen wurden rund 1 Mio. Euro und für mietvertragliche Rückbauverpflichtungen rund 200.000 Euro in die Kostenkalkulation eingestellt.

9. Welche sonstigen Ausgaben, die örtlich im Landkreis Tübingen wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt?

Zu 9.:

Im Rahmen der Umsetzung der Polizeistrukturereform sind durch die Bündelung und Verlagerung von Aufgaben (IuK-)Arbeitsplatzumzüge erforderlich. Auf Basis der momentanen Planungen sind im Landkreis Tübingen rund 130 (IuK-)Arbeitsplätze (brutto) umzuziehen. Zur Ermittlung der einmaligen voraussichtlichen Umzugskosten wurden 300 Euro pro Arbeitsplatz zugrundegelegt, wie sie z.B. beim Umzug des Regierungspräsidiums Stuttgart entstanden sind.

Darüber hinaus erfordert die Umsetzung der Polizeistrukturereform, dass zahlreiche IT-Fachverfahren sowie weitere technische Geräte und Ausstattungsgegenstände den neuen organisatorischen Strukturen angepasst werden. Hierfür wurden insgesamt 1,5 Mio. Euro sowie für aktuell noch nicht absehbare Kostenfaktoren insgesamt 1,0 Mio. Euro in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung einberechnet. Diese Kosten können nicht landkreisscharf aufgeteilt werden.

10. Welche reformbedingten Minderbedarfe/Einnahmen, die örtlich im Landkreis Tübingen wirksam werden, wurden der am 18. Dezember 2012 vorgestellten Kostenkalkulation jeweils zugrunde gelegt (mit Angabe, zu welchem Zeitpunkt diese Einnahme wirksam wird)?

Zu 10.:

Bezogen auf den Landkreis Tübingen belaufen sich die Minderbedarfe aus Abmietungen auf voraussichtlich rund 800.000 Euro pro Jahr. Der Zeitpunkt der Wirksamkeit der Minderbedarfe bzw. Einnahmen steht in Abhängigkeit von der tatsächlichen liegenschaftlichen Realisierung (siehe Ausführungen zu Ziffer 3).

Gall

Innenminister